

Unendliche Geschichten



Von *Lukas Gahleitner-Gertz*

Österreichs Suche nach einer mehrheitsfähigen Regierung befindet sich bereits im fünften Monat. Fix ist nur: Noch nie haben die Parteien länger gebraucht. Angesichts der medial durchgesickerten Ergebnisse der FPÖ-ÖVP-Verhandlungen kann man dennoch nur hoffen, dass die lange Verhandlungszeit eine unendliche Geschichte ohne erfolgreichen Abschluss bleibt.

Der Regierungsbildungsauftrag für FP-Kickl und die 180-Grad-Wende von VP-Stocker, der Kickl noch vor kurzem als Sicherheitsrisiko bezeichnet hat, hat bei vielen eine Art Schockstarre ausgelöst. Es braucht keine tiefgreifende Analyse der FPÖ-ÖVP-Pläne für den asylpolitischen Bereich um festzustellen, dass die beiden die Abrissbirne auspacken möchten.

Das beste Mittel um die Wirkung von Abrissbirnen zu verringern ist es, Schockstarren zu lösen und ins Tun zu kommen. Unser Tun besteht aus Analysen und einer Prise Humor, mit denen wir Durchblick verschaffen wollen. Aktuelles Beispiel: Die Einführung einer bundesweiten Bezahlkarte für Asylwerber:innen.

Man wolle damit zweckfremde Nutzung wie Überweisungen ins Herkunftsland unterbinden und den Verwaltungsaufwand verringern kündigte das ÖVP-geführte Innenministerium vor einem Jahr an. Evidenz, dass Asylwerber:innen in der Vergangenheit von den € 6,- Verpflegungsgeld pro Tag überhaupt etwas

absparen und ins Herkunftsland geschickt haben, konnte die Regierung keine liefern.

Obwohl man für die Einführung der Bezahlkarte kein einziges Gesetz ändern musste gibt es auch ein Jahr nach den großspurigen Ankündigungen kein einheitliches System. Im Gegenteil: Dem Pilotprojekt des Bundes mit dem oberösterreichischen ÖVP-Landesrat stellte der niederösterreichische FPÖ-Landesrat ein eigenes Pilotprojekt mit einem anderen Anbieter gegenüber. Der Ausschreibung für eine bundesweite Karte schlossen sich Wien (wegen mangelhafter Evaluierung des Pilotprojektes) und Niederösterreich nicht einmal an.

Doch damit nicht genug: Da den Zuschlag für das Projekt eine andere Firma bekam als jene, die in Oberösterreich das Pilotprojekt durchgeführt hat, kündigte das Pilotprojektbundesland den Ausstieg an. Zudem kündigte das Burgenland im Regierungsprogramm unlängst an, von der Einführung einer Bezahlkarte Abstand zu nehmen. Zudem stecken wir bereits mitten in der juristischen Bekämpfung des untauglichen niederösterreichischen Modells.

Die Einführung einer schikanösen bundesweiten Bezahlkarte ist gescheitert und bleibt eine unendliche Geschichte ohne Abschluss. Mögen die FPÖVP-Verhandlungen diesem Beispiel folgen.

Lukas Gahleitner-Gertz ist Jurist und Sprecher der *asylkoordination österreich*.